

# Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger  
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

**Ausgabe März 2017**



## Mobilfunknetz der fünften Generation auf den Weg gebracht

Das Europäische Parlament treibt den Ausbau der neuen Generation des mobilen 5G-Internets voran. In Straßburg sprach sich die Mehrheit dafür aus, die durch die Digitalisierung des Rundfunks frei werdenden Frequenzbänder für mobiles Internet in Europa zu nutzen, um bis spätestens 2020 ein weitverbreitetes Mobilfunknetz der fünften Generation (5G) in der gesamten EU zu entwickeln. „Schnelles und zuverlässiges Internet sowie neue mobile Dienste sind für die Bürger als auch für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft unverzichtbar. Leistungsfähige Infrastruktur ist eine unabdingbare Voraussetzung auch für die Entwicklung des ländlichen Raums“, so Ferber.

## Neue Regeln im Waffenrecht

Das Europäische Parlament hat einer Novellierung des Waffenrechts zugestimmt. „Die Revision hat das Ziel die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU zu erhöhen“, so Ferber. Er kritisiert jedoch, dass legalen Waffenbesitzern noch strengere Auflagen gemacht würden und stimmte deshalb am Ende den neuen Regeln nicht zu. „Mir war es wichtig, dass bei der Überarbeitung der Richtlinie der Fokus auf der Bekämpfung des kriminellen Waffenhandels und der illegalen Einfuhr von Waffen in die EU gelegt wird“, so Markus Ferber. „Denn es fehlt keineswegs an Auflagen für die 12 Millionen europäischen Jäger und Sportschützen. Um den illegalen Waffenbesitz besser zu bekämpfen,

wäre es viel effektiver gewesen, wenn man den Fokus auf den besseren Informationsaustausch im EU-Binnenmarkt und harmonisierte Deaktivierungsstandards gelegt hätte“, so Ferber. Hintergrund der Überarbeitung der Feuerwaffenrichtlinie ist die Europäische Sicherheitsagenda. Die Kommission hat in diesem Zusammenhang letztes Jahr einen Reformvorschlag vorgelegt.

## Parlament stärkt Aktionäre

Das Parlament hat die Neufassung der Aktionärsrechterichtlinie bestätigt. „Damit stärken wir Aktionären den Rücken und holen auf europäischer Ebene nach, was sich in Deutschland bereits bewährt hat“, so Ferber. „Die Anteilseigner bekommen mehr Kontrolle und ein Mitspracherecht, wenn es um die Vergütung des Managements geht. Gehaltsexzesse wie wir sie bei Volkswagen gesehen haben, sollten damit der Vergangenheit angehören. Neben dem Rechtsrahmen kommt es aber vor allem darauf an, dass Aktionäre ihrer Verantwortung auch tatsächlich gerecht werden. Daran hat es im VW-Fall nämlich tatsächlich gebrakelt.“

## Abfallpaket: Ausnahme für KMU erwirkt

Das Europäische Parlament stimmte in dieser Woche über das sogenannte Abfallpaket ab. Das Ergebnis begrüßte Markus Ferber: „Die Recyclingvorgaben sind realistisch. Auch der nationalen und regionalen Eigenverantwortung trägt das Gesetzgebungspaket Rechnung.“ Zudem

konnte eine vom Parlamentskreis Mittelstand eingebrachte Ausnahme für die Registrierung zum Transport von gefährlicher Abfälle erfolgreich durchgesetzt werden. Diese gilt, wenn die transportierte Menge 2 Tonnen pro Jahr nicht überschreitet. „Es wäre unseren Handwerkern Zuhause nicht zu vermitteln gewesen, hätten diese einen mit Öl verschmutzten Lappen nach der Montage für die Heimfahrt registrieren müssen“, so der Mittelstandspolitiker. Gleichzeitig sieht Ferber die Kommunen als wichtige Partner im Bereich der Entsorgung von Siedlungsabfall. „Die kommunale Daseinsvorsorge ist Sache der Mitgliedstaaten und muss es auch bleiben. Die funktionierende Symbiose zwischen Gemeinden und privaten Entsorgungsbetrieben muss auch in Zukunft eine starke Rolle spielen“, so der CSU-Europaabgeordnete.

## Lebensmittelkontrollen

„Die Europäer müssen darauf vertrauen können, dass die Lebensmittel, die sie kaufen und konsumieren, sicher sind. Fälle wie der Pferdefleischskandal dürfen sich nicht wiederholen“, so Ferber. Die Mehrheit im Plenum stimmt deshalb für die Verschärfung der Lebensmittelkontrollen in der EU. „Künftig werden regelmäßig unangekündigte und risikobezogene Kontrollen durch die nationalen Behörden durchgeführt. Außerdem wird in Krisensituationen künftig rascher reagiert werden und es sind strengere Strafen bei Regelverstößen und für Betrüger vorgesehen“, erklärt Markus Ferber.



[www.markus-ferber.de](http://www.markus-ferber.de)  
E-Mail: [info@markus-ferber.de](mailto:info@markus-ferber.de)

